

ROT HEUTE

AUSGABE NR.1 | FRÜHJAHR 2018

WWW.SPD-FRAKTION-BREMEN.DE



KITAS WERDEN BEITRAGSFREI

ENTLASTUNG FÜR ELTERN AB 2019

Ab August 2019 wird es in Bremen und Bremerhaven keine Elternbeiträge für Kitas mehr geben. Einen entsprechenden Antrag von SPD und Grünen hat die Bürgerschaft verabschiedet. Gleichzeitig soll weiter in die Qualität der Betreuung und in den Ausbau der Plätze investiert werden.

Der Senat ist nun aufgefordert ein Konzept vorzulegen, wie die Beitragsfreiheit realisiert und finanziert werden kann. Gelten soll sie dann für alle Kinder zwischen drei und sechs Jahren. Mustafa Güngör, Sprecher für Kinder und Bildung der SPD-Fraktion betont: „Wir werden unsere

Anstrengungen beim Kita-Ausbau fortsetzen. Und wir werden dafür sorgen, dass die Beitragsfreiheit nicht zulasten der Qualität geht. So schaffen wir gute Voraussetzungen für den Bildungsweg unserer Kinder, stärken die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und entlasten Eltern.

SEITE 6

THEMEN

SEITE 2:
IM GESPRÄCH
DFL muss sich an
Polizeikosten beteiligen



SEITE 3:
INNENSTADT
Bremer City
verändert ihr Gesicht



SEITE 9:
GESUNDHEIT
Klinikerbund erhält
finanzielle Hilfe



SEITE 12:
GLEICHSTELLUNG
Besserer Schutz für
werdende Mütter



INHALT

SEITE 03: STADTENTWICKLUNG

Zukunft der Bremer Innenstadt & Ausstellung in der SPD-Fraktion

SEITE 04: AKTUELLES

Wohnraumschutzgesetz & Landesmediengesetz

SEITE 05: AKTUELLES

Verbesserungen beim Wahlrecht & Glücksspiel in Videospielen?

SEITEN 06 & 07: KINDER & BILDUNG

Beitragsfreie Kitas, Schulreform & Sofortprogramm für Schulraum

SEITE 08: AKTUELLES

Sportentwicklungsplan & ÖPNV für Freiwillige und Senioren

SEITE 09: GESUNDHEIT

Wirtschaftliche Situation der Gesundheit Nord

SEITE 10: AKTUELLES

Mehrwegbecher für Unterwegs & Psychotherapeutische Betreuung für alle Bevölkerungsgruppen

SEITE 11: FRAKTION VOR ORT

Der Rote Bus & Bürgersprechstunden

SEITE 12: GLEICHSTELLUNG

Besserer Schutz für werdende Mütter am Arbeitsplatz

DIE SPD-FRAKTION ONLINE



WWW.SPD-FRAKTION-BREMEN.DE

BJÖRN TSCHÖPE IM GESPRÄCH

„ES WAR UND IST RICHTIG, STANDHAFT ZU BLEIBEN!“

Die Deutsche Fußball Liga (DFL) kann an den Kosten für Polizeieinsätze bei Hochrisikospiele beteiligt werden. Das hat das Bremer Oberverwaltungsgericht (OVG) entschieden. Damit wies es eine Klage der DFL ab. Der SPD-Fraktionsvorsitzende, Björn Tschöpe, erklärt im Gespräch, was dies nun bedeutet, und warum es sich lohnt, trotz Druck bei seiner Haltung zu bleiben.

Die SPD-Fraktion hat Ende 2013 mit ihrer Initiative den Stein ins Rollen gebracht, und nun hat das Oberverwaltungsgericht entschieden, dass die DFL an Polizeikosten beteiligt werden kann. Wie groß ist die Erleichterung?

Björn Tschöpe: Wir waren von Anfang an fest davon überzeugt, dass die lange überfällige Kostenbeteiligung der DFL auch vor Gericht Bestand haben wird. Die Entscheidung des OVG hat uns daher nicht überrascht, auch wenn Bremen in der Vorinstanz noch unterlegen ist. Ein deutlicher Erfolg ist aber die Klarheit, mit der das Gericht die Klage der DFL abgewiesen hat. Das war ein guter Tag für die Kommunen und Steuerzahler in Deutschland.

Warum hat sich die SPD-Fraktion so für die Kostenbeteiligung stark gemacht?

Es darf nicht sein, dass milliardenschwere Konzerne ihre Gewinne privatisieren, die dafür nötigen Ausgaben aber sozialisieren, also der Allgemeinheit aufbürden. Auch das Gericht hat nun klar gemacht: Es gibt keine Sonderbehandlung des deutschen Profifußballs. Dieser Unterhaltungskonzern, der seinen Umsatz allein in der 1. Bundesliga in der vergangenen Saison noch einmal um vier Prozent auf 3,37 Milliarden Euro gesteigert hat, wird wie jedes andere Unternehmen, das zur Durchsetzung seiner unternehmerischen Interessen öffentliche Dienstleistungen in Anspruch nimmt, an den Kosten dafür beteiligt.

Die DFL setzt sich erbittert dagegen zur Wehr.

Und sie spielt dabei auch unfair. Um uns abzustrafen, wurde Bremen vom DFB ein Länderspiel entzogen und seitdem auch kein neues mehr hierhin vergeben.

Die DFL hat mit harschen Worten nicht gegeizt. Und sie hat es mit vergifteten Angeboten versucht. Man denke nur an den Vorschlag, die Kosten für ein Projekt zu übernehmen, das am Ende dazu beitragen sollte, die Zahl der benötigten Polizisten zu reduzieren.

Ein interessanter Ansatz, der in Bremen selbstverständlich auf offene Ohren gestoßen wäre. Allerdings hat die DFL dies an eine Bedingung geknüpft: Bremen sollte

seinen Einspruch gegen die Niederlage in der ersten Instanz zurückziehen. Das war so natürlich nicht zu machen. Nun hat uns das OVG darin bestätigt. Das zeigt: Es war und ist richtig, standhaft zu bleiben.

Knapp zwei Millionen Euro Gebühren sind bereits angefallen. Bislang hat Bremen bis zur Entscheidung des Gerichts darauf verzichtet, sie auch einzutreiben.

Das wird sich nun ändern. Wir haben in den Haushaltsberatungen verabredet, dass wir dieses Geld nun auch eintreiben wollen. Es soll zweckgebunden für die Abgeltung von Überstunden unserer Polizeibeamtinnen und -beamten eingesetzt werden.

Bremen ist bislang das einzige Bundesland, das sich einen Teil der Polizeikosten vom Profifußball erstatten lässt. Die anderen Länder sind eher zurückhaltend.

Diese Front bröckelt. Der Innenminister von Rheinland-Pfalz hat sich kürzlich der Bremer Linie angeschlossen und eine Beteiligung des Profifußballs an den Polizeikosten gefordert. Und ich denke, dass sich diese Haltung auch in den anderen Ländern ändern wird – spätestens, wenn auch das Bundesverwaltungsgericht unsere Rechtsauffassung bestätigt. Auch wenn es vielleicht politisch unbequem ist, sich mit der DFL anzulegen: Letztlich werden schon allein die Landesrechnungshöfe darauf drängen, dass die Länder und Kommunen nicht auf Geld verzichten, das ihnen zusteht.

Die DFL hat angekündigt, den Rechtsweg weiter zu beschreiten.

Das überrascht mich nicht. Das war so zu erwarten. Wir haben aber nicht nur die Mehrheit der Bevölkerung auf unserer Seite, wie entsprechende Umfragen zeigen. Wir gehen nach der klaren OVG-Entscheidung auch gestärkt in die nächste Runde der gerichtlichen Auseinandersetzung. Ich finde allerdings: Wenn die DFL die Realität akzeptiert und von einer weiteren, überflüssigen Befassung der Gerichte mit diesem Thema absieht, wäre das eine richtige und respektable Entscheidung. Gerade Sportfunktionären sollte klar sein, wann man verloren hat.



EINE ECHTE CHANCE: GROSSE PLÄNE FÜR DIE BREMER INNENSTADT

Die Bremer Innenstadt ist im Wandel – und wird ihr Gesicht grundlegend verändern. Die Pläne für die Neuordnung des Komplexes aus Karstadt, Parkhaus Mitte und Kaufhof, aber auch die Pläne für die Jacobs-Höfe oder für das Sparkassengelände sind dafür prägnante Beispiele. Die rot-grüne Koalition hat nun eine Entscheidung in die Bürgerschaft eingebracht, um diesen Prozess positiv zu begleiten.

„Hier haben mir meine Eltern meinen Schulranzen gekauft, hier habe ich meinem Sohn und meiner Tochter ihren Schulranzen gekauft. Und ich hoffe, die beiden setzen diese Tradition irgendwann fort – in einer noch attraktiveren Bremer Innenstadt. Die Chancen dafür stehen, angesichts der großen Pläne, die wir hier heute für die Innenstadt erörtern, so gut wie nie“, begrüßte der SPD-Fraktionsvorsitzende Björn Tschöpe die gut 250 Gäste im vollbesetzten Festsaal der Bürgerschaft. Anlass war eine Anhörung der Fraktionen von SPD und Grünen zur Zukunft der City. Und erstmals waren alle maßgeblichen Investoren auf einem öffentlichen Podium vereint und stellten ihre Pläne vor: Kurt Zech, Christian Jacobs, Joachim Linnemann von der Justus Grosse Unternehmensgruppe, die das Mondelez-Gelände neu gestalten wird, sowie Martin Fecke von der Schapira-Investorengruppe, die das Sparkassengelände erworben hat.

Doch mit diesem öffentlichen Forum will es die rot-grüne Koalition nicht bewenden



Dieter Reinken

lassen. Sie hat nun einen Entschließungsantrag in die Bürgerschaft eingebracht, der die Vorhaben unterstützen und politisch flankieren soll. Darin unterstützt sie die Pläne, formuliert aber auch Zielvorstel-



Volles Haus: SPD-Fraktionschef Björn Tschöpe begrüßte 250 Zuhörer bei der Anhörung zur Zukunft der City, die die Fraktionen von SPD und Grünen im April in der Bürgerschaft veranstalteten.

lungen für eine weitere Attraktivierung der Bremer Innenstadt.

„Das Engagement der privaten Investoren bietet für die Bremer Innenstadt eine einmalige Chance, die es zu nutzen gilt“, sagt der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Dieter Reinken, „nicht zuletzt, weil es hier auch um die wirtschaftliche Entwicklung geht – und um Arbeitsplätze, die neu entstehen und erhalten werden können.“ Nicht alles in diesem Prozess könne die Politik regeln, betont der Sozialdemokrat. „Aber wir müssen – und werden – gemeinsam mit der Verwaltung

das große Ganze im Blick behalten, die unterschiedlichen Interessen im Sinne des Gemeinwohls abwägen und dafür sorgen, dass die notwendigen Entscheidungen dann getroffen werden, wenn es nötig ist“, so Reinken. „So können wir dazu beitragen, den Prozess, der nun in Gang gekommen ist, erfolgreich zu gestalten. Und wir sind fest entschlossen, dies auch zu tun.“



DOWNLOAD

> ANTRAG: DIE BREMER INNENSTADT STEHT VOR WEITREICHENDEN VERÄNDERUNGEN

[HTTP://TINY.CC/INNENSTADT_HB](http://tiny.cc/innenstadt_hb)

KUNST IN DER SPD-FRAKTION: ACHIM LOCKE – NACHSINNEN

„Fragen und Forschen sind die Wurzeln des Wissens, Denken und Nachsinnen der Weg“, hat Konfuzius einst gesagt.



Und zum „Nachsinnen“ lädt die SPD-Fraktion in den kommenden Wochen in ihre Räume ein. Denn so lautet der Titel einer Ausstellung des Bremer Malers und Objektkünstlers Achim Locke, die vom 26. April bis zum 22. Juni in den Räumen der Fraktion zu sehen ist. Die aktuelle Ausstellung soll dabei den Startpunkt für weitere bilden. Schon einmal zum Vormerken: Nach den Sommerferien wird in den Fraktionsräumen eine weitere Ausstellung zu sehen sein, die sich mit

der Geschichte des Christopher Street Day (CSD) in Bremen beschäftigt.

Achim Locke – Nachsinnen
Ausstellung in den Räumen
der SPD-Bürgerschaftsfraktion
Wachtstraße 27/29,
28195 Bremen

Öffnungszeiten:
Mo.-Do. 9-17 Uhr/ Fr. 9-14 Uhr
Eintritt frei

SPD BRINGT WOHNRAUMSCHUTZGESETZ AUF DEN WEG

WOHNUNGSBAU STÄRKEN – LEERSTAND UND ZWECKENTFREMUNG BEKÄMPFEN

Auch in Bremen ziehen die Mieten an, und bezahlbarer Wohnraum wird immer knapper. Das wirksamste Mittel gegen steigende Wohnkosten ist Neubau. Dafür hat sich die SPD-Fraktion in den vergangenen Jahren entschieden eingesetzt. Es muss aber auch verhindert werden, dass bestehender Wohnraum leer steht oder für andere Zwecke – etwa als Ferienwohnung – genutzt wird. Um dieses Ziel zu erreichen hat die SPD-Fraktion nun den Entwurf für ein Wohnraumschutzgesetz eingebracht.



finanziellen – Anstrengungen den Wohnungsbau intensiviert.“

„Es reicht aber nicht aus, neuen Wohnraum zu schaffen, wir müssen auch dafür sorgen, dass der bestehende Wohnraum tatsächlich als solcher genutzt werden kann“, ergänzt der SPD-Fraktionsvorsitzende Björn Tschöpe. „Deswegen haben wir nun ein Wohnraumschutzgesetz auf den Weg gebracht, um Leerstände und anderweitige Nutzungen von Wohnungen zu unterbinden.“

Beides sei in Bremen durchaus ein relevantes Problem, erklärt SPD-Baupolitiker Pohlmann. So stünden allein in Gröpelingen nach inoffiziellen Zählungen 100 Wohneinheiten leer. „Die Gründe

dafür sind unterschiedlich und reichen von Auseinandersetzungen unter Erbengemeinschaften bis hin zu Immobilien-Spekulationen“, sagt Pohlmann. „Im Ergebnis jedoch führt dies dazu, dass dringend benötigter Wohnraum leer steht.“

Ein zunehmendes Problem ist zudem die Zweckentfremdung von Wohnraum. Allein über die Internetplattform AirBnB lassen sich etwa 400 bis 500 Objekte finden, die in der Stadtgemeinde Bremen zur tageweisen Übernachtung angeboten

werden – Tendenz steigend. „Oft sind dies reguläre Wohnungen, die so dem Mietmarkt entzogen werden, weil es lukrativer ist, tageweise an Touristen zu vermieten als in einem regulären Mietverhältnis. Dies können wir ebenso wenig akzeptieren wie ungerechtfertigten Wohnungsleerstand“, sagt Pohlmann, „denn beides sorgt für zusätzliche Verknappung auf dem ohnehin angespannten Wohnungsmarkt – und führt zu einer weiteren Steigerung der Mieten.“

„Mit dem von uns auf den Weg gebrachten Wohnraumschutzgesetz wollen wir dem entgegenwirken“, sagt Björn Tschöpe. Es sehe für die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven die Möglichkeit vor, Rechtsverordnungen zu treffen, die Leerstand oder eine Zweckentfremdung verhindern helfen sollen. „Das Gesetz gibt den Städten ein Instrument an die Hand, um die Nutzung als Wohnung anzuordnen und sieht auch Bußgelder vor, wenn dem zuwidergehandelt wird“, erklärt Tschöpe. „Wir haben aus Gründen des Vertrauensschutzes eine Altfallregelung eingeführt, damit diejenigen, die bis zum 31.12. 2017 Wohnraum anderweitig genutzt haben, ihrer Beherbergungstätigkeit weiter nachgehen können, wenn sie die entsprechenden Steuern abführen. Für alle anderen greift die neue Regelung. Und dies ist richtig so, denn Bremen braucht Wohnraum – und kann nicht in großem Umfang auf Wohnungen verzichten, die es bereits gibt.“

„Bremen ist eine wachsende Stadt“, sagt der baupolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Jürgen Pohlmann. „Diese positive Entwicklung ist von zentraler Bedeutung für die Zukunft unseres Bundeslandes – nicht nur wegen der fiskalischen Auswirkungen. Wir haben deswegen in den vergangenen Jahren mit erheblichen – auch



Jürgen Pohlmann

„Diese positive Entwicklung ist von zentraler Bedeutung für die Zukunft unseres Bundeslandes – nicht nur wegen der fiskalischen Auswirkungen. Wir haben deswegen in den vergangenen Jahren mit erheblichen – auch

DOWNLOAD

**> ANTRAG:
WOHNRAUM SCHÜTZEN – LEERSTAND
UND ZWECKENTFREMUNGEN BEENDEN**
[HTTP://TINY.CC/WOHNRAUMSCHUTZ](http://tiny.cc/wohnraumschutz)



LANDESMEDIENGESETZ: BÜRGERMEDIEN SOLLEN NEU AUFGESTELLT WERDEN

Das Landesmediengesetz soll eine Neufassung erhalten. Zentral soll dabei eine Modernisierung des Bürgerrundfunks sein. Die SPD-Fraktion will zudem das Plattdeutsche im Geltungsbereich des Gesetzes stärken.

Es fängt schon beim Namen an. Was bislang im Bremischen Landesmediengesetz Bürgerrundfunk hieß, soll künftig Bürgermedien heißen. „Diese Änderung passt, denn der für alle offene Kanal wird weiterentwickelt und mehr sein als klassischer Rundfunk“, sagt der medienpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Rainer Hamann, mit Blick auf die geplanten Änderungen. Im Mediengesetz ist dann vorgesehen, dass die Möglichkeiten im Internet erweitert werden: Künftig soll es eine Mediathek geben, in der die Beiträge dauerhaft abgerufen werden können. „Diese Änderung ist deswegen wichtig, weil sie die Verbreitung der Bürgermedien entscheidend verbessert“, sagt Hamann. „Sie erhalten neue Möglichkeiten im Internet – und das passt zu einer allgemein veränderten Mediennutzung, die sich zunehmend von einem linear vorgegebenen Programm entfernt.“

Im Gesetz soll für den Bürgerrundfunk außerdem die Möglichkeit geschaffen werden, Beiratssitzungen zu übertragen. Die weitere Entwicklung der Bürgermedien soll zudem regelmäßig überprüft werden. Die SPD-Fraktion will im Landesmediengesetz festgeschrieben, dass es alle zwei Jahre einen Bericht geben soll. Die Landesmedienanstalt wäre aufgefordert, diesen Bericht an den Senat zu erstatten, und dieser soll ihn dann an die Bürgerschaft weiterleiten.

Gleiches soll für das Plattdeutsche geschehen. Auch hier soll nach dem Willen der SPD die Landesmedienanstalt alle zwei Jahre einen Bericht erstellen. Dadurch soll überprüft werden, wie die Verpflichtungen, die sich für Bremen aus der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen ergeben, erfüllt werden. „Im Landesmediengesetz ist an einigen Stellen auf die Charta Bezug genommen, und das Niederdeutsche soll gezielt gefördert werden“, erklärt der SPD-Abgeordnete Sükrü Senkal. „Das ist zwar gut, wir brauchen aber eine regelmäßige Überprüfung – auch um nachsteuern zu können, wenn dies nötig ist.“

BÜRGERSCHAFT BESCHLIESST VERBESSERUNGEN BEIM WAHLRECHT

Die Bürgerschaft hat mit großer Mehrheit Änderungen beim Wahlrecht beschlossen. Zentral ging es um die Frage, wie Personen- und Listenstimmen künftig zu einem Mandat führen. Die neue Regelung schafft dabei mehr Klarheit und Transparenz.

Seit 2011 haben die Wählerinnen und Wähler mehr Möglichkeiten bei der Abgabe ihrer Stimme. Sie können fünf Kreuze machen, und wie sie diese Kreuze verteilen, ob auf einen oder mehrere Kandidatinnen oder Kandidaten oder auf eine Liste – bleibt ihnen überlassen.

Die Sitze im Parlament werden dann nach dem jeweiligen Verhältnis verteilt. Als Beispiel: Eine Partei erhält zehn Sitze, und 60 Prozent der Wähler haben dabei ihr Kreuz bei Partei gemacht, 40 Prozent haben eine bestimmte Kandidatin oder einen bestimmten Kandidaten gewählt. Sechs Mandate würden dann an Listenkandidaten zugeteilt, vier über Personenstimmen.

Daran wird sich im Grundsatz auch künftig nichts ändern. Gleichwohl setzt hier die nun beschlossene Änderung an. Künftig sollen zunächst die Mandate an diejenigen Abgeordneten mit den meisten Personenstimmen vergeben wer-

den. Sind diese Sitze verteilt, werden die übrigen Sitze nach Listenplatz vergeben.

Der Hintergrund: Wer bei dem bislang gültigen Verfahren dachte, eine Personenstimme für einen Spitzenkandidaten einer x-beliebigen Partei ver helfe diesem direkt zu einem Mandat, lag falsch.

-kandidaten, sondern andere Bewerber mit vergleichsweise weniger Personenstimmen den Sprung in die Bürgerschaft schaffen konnten.

Die Wählerinnen und Wähler sollen aber wissen, wofür sie sich entscheiden. Das leistet das neue System. Kritische Stimmen, die in der Änderung eine Reduzierung demokratischer Möglichkeiten sehen, da Listenvorschläge der Parteien ein größeres Gewicht erhalten oder Kandidaten mit nur 700 Stimmen nicht mehr in den Landtag einziehen könnten, greifen dabei zu kurz. Das bisherige intransparente Verfahren ist keineswegs demokratischer als die breit getragene Neuregelung. Im Gegenteil: Das neue Wahlrecht baut keineswegs Demokratie ab, sondern sorgt für mehr Klarheit und Transparenz.

Der einzige Effekt, den viele Personenstimmen für einen Spitzenkandidaten hatten, war, dass am Ende in der Gesamtheit mehr Abgeordnete über Personenstimmen einzogen. Konkret: Da die Spitzenkandidatinnen und -kandidaten sowieso über die Liste sicher ins Parlament einziehen, haben die Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Wahlentscheidung de facto also nicht dafür gesorgt, dass ihre Wunschkandidatinnen oder



„LOOT BOXES“ – SUCHTGEFAHR DURCH INTERNET-GLÜCKSSPIELE?

So genannte „Loot Boxes“ finden sich immer häufiger in Computerspielen und Mobile-Games für Smartphones und Tablets. Darunter versteht man virtuelle „Wundertüten“, die den Spielern die Chance versprechen, größeren Spielerfolg zu haben – vorausgesetzt, sie haben Glück und finden in der „Loot Box“ die richtigen Inhalte. Die Zusammensetzung dieser Boxen erfolgt dabei nach dem Zufalls- oder Losprinzip – und die Spieler müssen echtes Geld für die virtuellen Wundertüten ausgeben. Mit diesem Geschäftsmodell setzen mittlerweile auch Vollpreisspiele auf zusätzliche Einnahmen. Ähnliche „Wundertüten“ gibt es zum Beispiel auch als „Schatztruhen“ in Spielen für Smartphones und Tablets.

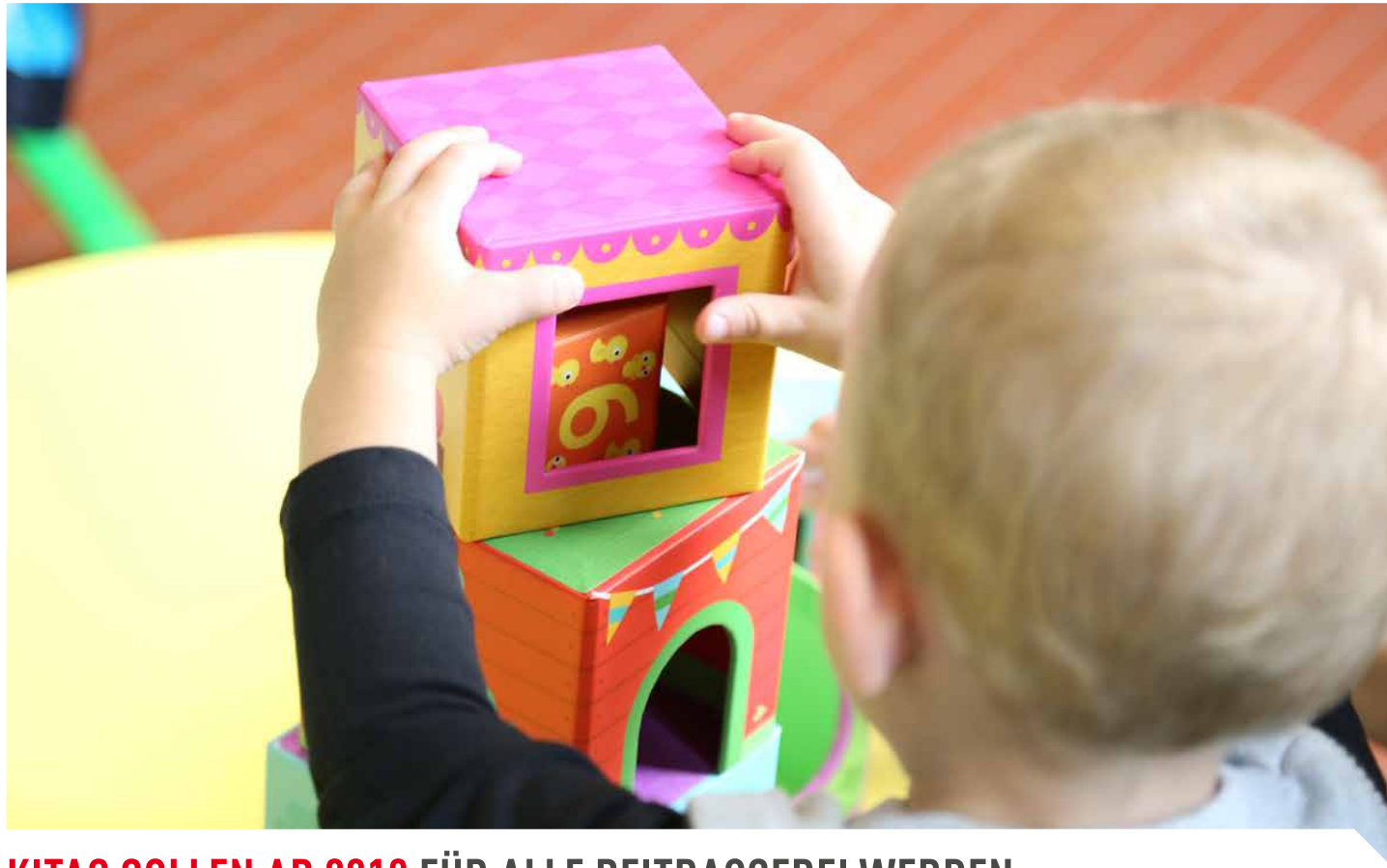


Antje Grotheer

Aus Sicht der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, Antje Grotheer, könnte hier bereits die Grenze zum Glücksspiel überschritten sein. Gemäß dem Glücksspielstaatsvertrag liegt ein Glücksspiel dann vor, „wenn im Rahmen eines Spiels für den Erwerb einer Gewinnchance ein Entgelt verlangt wird und die Entscheidung über den Gewinn ganz oder überwiegend vom Zufall abhängt.“ Grotheer: „Das ist bei den ‚Loot Boxes‘ der Fall.“ Und sie stellt

sich vor diesem Hintergrund die Frage, welche Konsequenzen solche „Loot Boxes“ für den Jugendschutz haben. „Bisher kommen die Glücksspielbehörden zu der Einschätzung, dass es sich bei ‚Loot Boxes‘ nicht um Glücksspiel handelt, weil in jedem Fall etwas gewonnen wird“, erklärt die Sozialdemokratin. „Dennoch ist man sich einig, ihren Einsatz weiter zu beobachten. Denn Fachleute vermuten, dass die ‚Gewinne‘ nicht ausschließlich per Zufall ausgewählt werden.“ Vielmehr würden die Spiele-Anbieter verschiedene Nutzerdaten ihrer Spieler sammeln und auswerten, um möglichst effektiv im Hinblick auf Umsatz und Spieldauer absahnen zu können, so die Sozialdemokratin. Immerhin handele es sich bei „Loot Boxes“ um ein Online-Geschäftsmodell, das neben dem Kaufpreis für das jeweilige Spiel weitere finanzielle Einnahmen für den Anbieter ermögliche.

„Für Kinder und Jugendliche ist dieses Geschäftsmodell undurchsichtig. Es kann erhebliche Kosten verursachen, und das Angebot von Spielerfolg gegen Geld kann das Suchtpotential – insbesondere für Kinder und Jugendliche – noch verstärken“, so Grotheer. Es sei deswegen zu begrüßen, dass sich jetzt auch die Kommission für Jugendmedienschutz mit dem Thema befasse und eine Ergänzung des Jugendmediensstaatsvertrages angeregt habe, die auch die Besonderheiten von Online-Spielen einbeziehe.



KITAS SOLLEN AB 2019 FÜR ALLE BEITRAGSFREI WERDEN

Ab 2019 soll es in Bremen und Bremerhaven keine Elternbeiträge mehr für Kitas geben. Das hat die Bürgerschaft beschlossen. Mustafa Güngör, Sprecher für Kinder und Bildung der SPD-Fraktion, betont: „Gebührenfreie Bildung‘ ist und bleibt ein fester Kern sozialdemokratischer Politik. Deswegen haben wir in Bremen immer gegen Studiengebühren gekämpft – und deshalb setzen wir uns jetzt für den Schritt zur beitragsfreien Kita ein.“

„Die Wissenschaft ist sich einig: Die Grundlagen für einen guten Bildungsweg unserer Kinder werden in den Kitas in der frühkindlichen Bildung gelegt“, sagt Güngör. „Genau deshalb ist es richtig, dass es ab August 2019 keine Elternbeiträge in Bremen und Bremerhaven mehr geben wird. Die beitragsfreie Kita wird damit für alle Kinder und Eltern in unseren beiden Städten zur Realität.“

Die Bürgerschaft hat einen entsprechenden Antrag von SPD und Grünen einstimmig verabschiedet. Darin wird der Senat aufgefordert, bis Ende Mai ein Konzept für beitragsfreie Kitas vorzulegen. Darin sollen auch die exakten Kosten ermittelt und die Finanzierung dargestellt werden. Denn eins stellt der SPD-Bildungspolitiker auch klar: Beitragsfrei heißt nicht kostenlos. Im Gegenteil, die Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln für die Bremer Kitas sind schon heute hoch. „Jetzt zudem auf die Elternbeiträge zu verzichten, ist alles andere als ein finanzieller Pappentwurf“, sagt er, „insbesondere für unser Bundesland, das sich nach wie vor auf dem Konsolidierungspfad befindet.“

Durch veränderte Rahmenbedingungen gäbe es jetzt allerdings die Möglichkeit das Ziel der beitragsfreien Kita zu erreichen:

So habe die SPD zum einen in den Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene zusätzliche finanzielle Unterstützung für die Kitas durchgesetzt. Zum anderen hätten Bremen und Bürgermeister Carsten Sieling eine Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen erreicht, die ab 2020 einen deutlich größeren finanziellen Spielraum bedeute. „Diesen Rückenwind nutzen wir, um unsere Kita-Plätze bereits ab dem Jahr 2019 beitragsfrei anzubieten.“

Völlig klar sei dabei, dass dieses Ziel nicht auf Kosten von anderen Prioritäten in der Kinderbetreuung erreicht werden soll, wie Güngör betont. „Der Kita-Ausbau wird unvermindert fortgesetzt, und auch weiterhin soll in die Verbesserung der Qualität investiert werden. Wir verbinden mit der Beitragsfreiheit das feste Ziel: Die Qualität der Betreuung muss sichergestellt werden, und für jedes Kind muss ein Kita-Platz zur Verfügung stehen“, betont der Sozialdemokrat.

Dass die CDU nun fordere, schon ab dem Kita-Jahr 2018 auf die Elternbeiträge zu verzichten, sei demgegenüber in erster Linie ein Wahlkampfmanöver, so Güngör: „Jetzt auf die Schnelle etwas übers Knie zu brechen, wie die CDU es fordert, ist nicht nur unseriös sondern unlauter. Wir wollen

Eltern mit der Gebührenfreiheit entlasten – aber mit einer derartigen Ad-Hoc-Nummer ist ihnen eben nicht geholfen. So macht man ein richtiges Ziel zur Farce.“ Dennoch begrüßt er, dass nun auch die CDU sich für die beitragsfreie Kita stark mache: „Darüber freue ich mich wirklich – vor allem weil es ja auch andere Zeiten gegeben hat, in denen SPD und auch die Linke schon für kostenfreie Bildung gestritten haben, während bei den Christdemokraten noch die ‚Herdprämie‘ der politische Renner gewesen ist.“

Güngörs Fazit: „Es bleibt viel zu tun: Wir werden unsere Anstrengungen beim Kita-Ausbau fortsetzen. Und wir werden dafür sorgen, dass die Beitragsfreiheit nicht zulasten der Qualität geht. So schaffen wir gute Voraussetzungen für den Bildungsweg unserer Kinder. Darüber hinaus stärken wir so die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und entlasten Eltern. Das alles zusammengekommen ist für mich ein mehr als gutes Signal, das von der Bürgerschaft ausgeht!“



DOWNLOAD
> ANTRAG: KITAS BEITRAGSFREI
MACHEN – WEITEREN AUSBAU UND
BETREUUNGSQUALITÄT SICHERSTELLEN
[HTTP://TINY.CC/BEITRAGSFREI](http://tiny.cc/beitragsfrei)

EVALUATION ZUR SCHULREFORM

EXPERTEN BESTÄTIGEN: BREMER BILDUNGSSYSTEM IST ZUKUNFTSFÄHIG

Mehr als acht Jahre ist es nun her, dass die umfassende Schulreform in Bremen in Kraft trat. Grundlage war damals der Bildungskonsens, den SPD, Grüne und CDU unterzeichnet hatten. Vereinbart war darin auch, dass die Maßnahmen der Schulreform von externen Experten überprüft werden sollen. Diese Überprüfung ist nun abgeschlossen. Und das Ergebnis bestätigt den Weg, den Bremen eingeschlagen hat.

Die wesentliche Änderung der Reform: Zum Schuljahr 2009/10 wurde das Schulsystem vereinheitlicht. Seither gibt es nach der Grundschule nur noch zwei gleichwertige Schularten: Oberschulen und Gymnasien. Hier wie dort führt der Weg zum Abitur – entweder nach 13 oder nach zwölf Jahren.

„Die Expertenkommission, hat uns bestätigt: Die Richtung stimmt und sollte weiter verfolgt werden – sowohl, was das Zwei-Säulen-System aus Oberschulen und Gymnasien, als auch, was den Ausbau der Ganztagsangebote angeht“, fasst der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Mustafa Güngör, die wesentlichen Ergebnisse der Untersuchung zusammen. „Für uns ist das eine klare Bestätigung dafür, dass es richtig war, die Debatten über Schulstrukturen zu beenden. Es geht seither nicht mehr darum, welche Bezeichnung auf der Schultür steht, sondern darum, was hinter dieser Tür passiert. Es war und ist gut, dass wir diesen Weg damals – parteiübergreifend getragen – gegangen sind.“

Auch in weiteren Punkten bestärke die Expertenkommission die Bildungspolitik in Bremen. „Wir haben uns beispielsweise für die Schaffung eines Instituts für Qualitätsentwicklung eingesetzt – auch das wird von der Kommission als richtiger Schritt gesehen, um Leistungsunterschiede zunächst einmal anhand der entsprechenden Daten ausfindig machen zu können und anschließend die qualitative Verbesserung anzugehen“, sagt Güngör.

Dass der Evaluationsbericht insbesondere eine Überprüfung der Ausstattung einzelner Schulen anmahnt, sei letztlich „Wasser auf unsere Mühlen“, so der Sozialdemokrat. „Schulen, in sogenannten sozial benachteiligten Quartieren müssen besonders berücksich-

tigt werden. Dafür setzen wir uns seit Langem ein. Zudem brauchen wir weitere Verbesserungen, um die Inklusion an Schulen umzusetzen. Auch in diesen Punkten haben wir uns auf den Weg gemacht – etwa durch die Stärkung der Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren, durch mehr Zeit für die Unterrichtsvor- und -nachbereitung an Schulen in sozial benachteiligten Gebieten und durch besondere Unterstützungsangebote für Förderkinder.“ Am Ende aber bleibe klar: „Wie in vielen anderen Bundesländern stehen wir vor einem Problem: Wir brauchen schlicht mehr Lehrerinnen und Lehrer – die momentan allerdings schwer zu finden sind. Und: Wir müssen unser Bildungssystem finanziell besser ausstatten – denn jeder dort investierte Euro ist buchstäblich eine Investition in die Zukunft.“



Mustafa Güngör

In diesem Punkt habe man in den vergangenen Haushaltsberatungen ein deutliches Zeichen gesetzt. Güngör: „Im Vergleich zum vorherigen fließen in die diesem Doppelhaushalt insgesamt 270 Millionen Euro mehr in den Bereich Kinder und Bildung. Hinzu kommen in diesem und dem kommenden Jahr mehr als 100 Millionen Euro Investitionsmittel für den Neu- und Umbau von Kitas und Schulen“, betonte Güngör und fügt an: „Es ist völlig klar, dass wir nach wie vor einige und auch schwierige Baustellen zu bearbeiten haben – und es steht für mich außer Frage, dass wir möglichst bald zu den Bildungsausgaben der übrigen Stadtstaaten aufschließen müssen.“



Foto: Contrastwerkstatt/Fotolia.com

MILLIONENSCHWERES SOFORTPROGRAMM FÜR ZUSÄTZLICHEN SCHULRAUM

Zehn Millionen Euro 2018, weitere 1,8 Millionen Euro 2019: Der Senat hat mit einem Sofortprogramm auf die aktualisierten Prognosen des Statistischen Landesamtes zur Entwicklung der Schülerzahlen reagiert und diese Summe zusätzlich zur Einrichtung von Schulraumkapazitäten bereitgestellt. Für den bildungspolitischen Sprecher der SPD-Fraktion, Mustafa Güngör, ein richtiger und notwendiger Schritt.

„Dass die Schülerzahlen in Bremen steigen, war absehbar, und darauf haben die rot-grüne Koalition und der Senat im Doppelhaushalt für dieses und das kommende Jahr auch bereits mit der Bereitstellung von erheblichen Investitionsmitteln reagiert“, betont Güngör. So seien für 2018 und 2019 mehr als 67 Millionen Euro für Schulbauten vorgesehen. „Mittlerweile gibt es aber eine präzisere Prognose als die, die uns bei der

Verabschiedung des Haushaltes vorlag“, sagt Güngör. „Diese Prognose zeigt, dass wir kurzfristig tätig werden müssen, um für alle Schülerinnen und Schüler genug Platz zu schaffen. Und sie zeigt zudem, dass es richtig war, die Planung von zusätzlichen Schulplätzen anzugehen und Mittel dafür bereitzustellen. Natürlich ist jetzt zu prüfen, ob die bisherige Planung aufgrund der neuen Zahlen angepasst werden muss.“

SPORT HAT ZUKUNFT: NEUER ENTWICKLUNGSPLAN FÜR BREMEN

Die Vereine sind und bleiben für die SPD-Fraktion die wichtigsten Orte für den Sport. Gleichzeitig soll aber auch einem veränderten Verständnis von Sport und Bewegung Rechnung getragen und etwa „Quasi-Sportplätze“ auf öffentlichen Plätzen, Straßen und Wegen bei der Planung sportlicher Infrastruktur stärker berücksichtigt werden.

Die letzte kommunale Sportentwicklungsplanung stammt aus dem Jahr 2004. Die damaligen Prognosen beliefen sich nur auf den Zeitraum bis zum Jahr 2014. „Damit sind die aktuelle Einwohnerentwicklung und insbesondere die größere Kinderzahl natürlich nicht berücksichtigt“, erklärt die sportpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Ingelore Rosenkötter. „Im Sommer 2017 wurde nun deshalb eine neue Studie zur Sportentwicklungsplanung vorgelegt, der ein breiter Beteiligungs- und Diskussionsprozess mit den Akteurinnen und Akteuren des organisierten Sports und den Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Politikbereiche voranging.“

Grundlage der Debatte sei dabei ein grundsätzlich verändertes Verständnis von Bewegung und Sport gewesen. „So werden etwa öffentliche Plätze, Wege und Straßen zunehmend zu ‚Quasi-Sportplätzen‘“, so die Sozialdemokratin. Dies erfordere eine breitere politische Zuständigkeit, eine engere Zusammenarbeit und ein Mitdenken



Ingelore Rosenkötter

„sportlicher Infrastruktur“ im Rahmen der Stadtentwicklung. Ein Hin- und Herschieben von Zuständigkeiten zwischen den Ressorts könne die Probleme bei der Sportinfrastruktur nicht lösen.



„Für uns als SPD-Fraktion hat das Sporttreiben im Verein dabei immer noch die höchste Priorität“, bekräftigt Rosenkötter. Die Vereine gäben gerade Kindern und Jugendlichen neben dem Sport auch ein wichtiges soziales Gerüst und übernahmen wichtige präventive und gesundheitliche Funktionen, gerade auch für ältere Menschen. „Vor diesem Hintergrund ist die Anerkennung des Engagements und die Unterstützung der Ehrenamtlichen für uns von zentraler Bedeutung“, so die Sozialdemokratin. So habe die Bürgerschaft Ende 2017 bereits die Anhebung der Freigrenze für gemeinnützige Vereine auf 40.000 Euro und einen weiteren Abbau von Bürokratie gefordert. Rosenkötter: „Außerdem haben wir in den Haushaltsberatungen eine

Erhöhung der Zuschüsse für Übungsleiter um zehn Prozent erreicht. Dies wird zur Folge haben, dass diese in 2018 pro Übungsleiter und Stunde voraussichtlich auf drei Euro steigen wird. Das stellt eine deutliche Entlastung der Vereine dar.“

Rosenkötter: „Die vorliegende Studie ist kein fertig abgeschlossenes Dokument. Sie ist – und so ist auch das gemeinsame Verständnis – eine wichtige und gute Grundlage zur Lösung der Aufgaben und Herausforderungen der nächsten zehn bis 15 Jahre. Daran werden wir arbeiten. Und die Sportvereine sind uns wichtige, verlässliche und engagierte Partner, die wir weiterhin nach unseren Möglichkeiten unterstützen werden.“

ÖPNV FÜR FREIWillIGE UND SENIOREN ATTRAKTIVER MACHEN

Zwei Zielgruppen – ein gemeinsames Ziel: Seniorinnen und Senioren sowie Freiwilligendienstleistende sollen ein attraktives Angebot zur Nutzung von Bus und Bahn erhalten. Wer einen Freiwilligendienst ableistet, dem soll ein Pendant zum Semesterticket angeboten werden. Außerdem sollen Seniorinnen und Senioren, die freiwillig ihren Führerschein zurückgeben, für sechs Monate ein kostenloses ÖPNV-Ticket erhalten. Das hat die Bürgerschaft kürzlich auf Initiative der SPD-Fraktion beschlossen.

„Freiwillige Arbeit muss in unserer Gesellschaft deutlich stärker wertgeschätzt werden. Daher fordern wir mit unserem Antrag den Senat auf, ein Konzept vorzulegen, wie wir den Freiwilligendienstleistenden ein Ticket für Bus und Bahn anbieten können, das in Umfang und Kosten dem deutlich günstigeren Semesterticket der Studierenden gleich kommt und nicht auf die Aufwandsentschädigung angerechnet wird“, erklärt die verkehrspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Heike Sprehe. Rund 700 Menschen in Bremen leisten einen Freiwilligendienst und könnten von diesem Angebot profitieren. Bisher können sie lediglich ein ermäßigtes Schüler-Monatsticket der BSAG erwerben. Deswegen soll ihnen nun – als Anerkennung für

ihren Dienst an der Allgemeinheit – ein besseres Angebot vorgelegt werden.

In einem zweiten Antrag wird der Senat aufgefordert, ein Konzept dafür zu erstellen, dass älteren Bremerinnen und Bremer für sechs Monate ein kostenloses ÖPNV-Ticket angeboten wird, wenn sie freiwillig ihren Führerschein abgeben. In Bremerhaven gibt es ein solches Angebot schon seit einigen Jahren – und ist dort positiv aufgenommen worden.

„Wichtig ist uns dabei: Wir wollen Seniorinnen und Senioren nicht bevormunden“, betont Sprehe. „Wer jedoch bemerkt, dass sich ein Auto nicht mehr rentiert oder wer sich unsicher fühlt und daher freiwillig seinen Führerschein abgibt, soll künftig den ÖPNV in Bremen ein halbes Jahr kostenlos nutzen können.“

> **Antrag: Freiwilligenticket für den ÖPNV** http://tiny.cc/ticket_freiwillige

> **Antrag: ÖPNV statt Führerschein** http://tiny.cc/oepnvstatt_fuehrerschein



Heike Sprehe

KLINIKVERBUND ERHÄLT HILFE – UND MUSS SEINE ANSTRENGUNGEN VERSTÄRKEN

Die finanzielle Situation des kommunalen Klinikverbundes Gesundheit Nord (GeNo) ist angespannt – nach wie vor. Der rot-grüne Koalitionsausschuss hat daher beschlossen, ihm 185 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen. Die Vorgaben auf dem Weg zu einem ausgeglichenen Haushalt werden dabei nicht verletzt, erklärt der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Max Liess. Und die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Steffi Dehne, begrüßt diese Entscheidung – betont aber zugleich, dass die GeNo ihre Sanierungsbemühungen deutlich verstärken müsse.

7.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, 540 Ausbildungsplätze, 220.000 Patientinnen und Patienten, die pro Jahr in den Kliniken Mitte, Ost, Links der Weser und Nord versorgt werden. „Diese Zahlen zeigen, was für eine große Bedeutung die GeNo hat“, sagt die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Steffi Dehne. „Sie bietet Hochleistungsmedizin für Bremen und umzu!“

Gleichwohl stecke die GeNo unbestritten in finanziellen Schwierigkeiten, so die Sozialdemokratin weiter. Und dies habe vor allem einen Grund: „Wir bauen gerade ein neues Krankenhaus. Das ist ein hochkomplexer Vorgang, und nicht ein Gebäude, in das man ein paar medizinische Geräte stellt.“ Es sei bei diesem Neubau immer wieder zu Problemen gekommen, die Auswirkungen auf die Kosten gehabt hätten. Etwa durch Starkregen, der im Sommer 2016 für große Schäden gesorgt habe, oder durch die Insolvenz der Baufirma Imtech.

Zudem griffen mitunter neue gesetzliche Vorschriften und verteuerten den Bau – und nicht zuletzt bedeuteten die Verzögerungen, dass länger doppelt geheizt werden müsse, was ebenfalls Geld kostete. „Das Projektmanagement hat die Folgen aus den jeweiligen Ereignissen gut bearbeitet und die wirtschaftlichen Schäden für die GeNo weitestmöglich reduziert“, so Dehne.



bereitzustellen – wodurch sie gemeinsam mit den vorherigen Maßnahmen insgesamt um 83 Prozent der Baukosten entlastet werde. Dehne stellt klar: „Dieses Geld wurde nicht ‚versenkt‘, wie die Opposition behauptet, sondern in die öffentliche Daseinsvorsorge investiert – in die Kliniken, die Bremen und damit uns allen gehören.“

Finanziert werden sollen diese 185 Millionen Euro für die GeNo durch die Aufnahme zusätzlicher Kredite. „Die Bürgerschaft wird zu diesem Zweck einen Nachtragshaushalt beschließen“, erklärt der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Max Liess. Er betont: „Bremen wird auch mit diesem Nachtragshaushalt die Vorgaben auf dem Weg zu einem ausgeglichenen Haushalt einhalten. Die Bedingungen des Stabilitätsrates von Bund und Ländern werden weiterhin erfüllt. Das heißt: Die 300 Millionen Konsolidierungshilfe, die Bremen 2018 und 2019 erhält, wenn es die Sparvorgaben einhält, sind nicht in Gefahr.“

So richtig die finanzielle Hilfe sei, so sehr gebe es aber auch bei der GeNo Nachbesserungsbedarf, ergänzt Steffi Dehne. Der Verbund habe seine Leistungen in den vergangenen Jahren zwar kontinuierlich gesteigert, die geplanten Ziele jedoch nicht erreicht. „Bremen kommt seiner Verantwortung nach“, sagt Dehne und betont: „Die

klare Erwartung der SPD-Fraktion ist, dass die Sanierung der GeNo deutlich vorangetrieben wird. Die Medizinstrategie muss beispielsweise vorgebracht werden. Und die teure Leiharbeit muss deutlich reduziert werden. Für eine erfolgreiche Sanierung brauchen wir aber auch eine realistischere Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung. Und für diesen Prozess erwarten wir Impulse von der Geschäftsführung.“



Steffi Dehne

Max Liess

Für Dehne steht aber auch fest: „Zins und Tilgung für den Neubau zu leisten, belastet die Liquidität der GeNo und ist aus eigener Kraft nicht zu schaffen. Deswegen müssen wir dem Verbund finanziell unter die Arme greifen.“ Es sei daher richtig, dass der Senat zusätzliche Mittel in die Kliniken investiert habe. Und es sei ebenso richtig, dass der rot-grüne Koalitionsausschuss im Februar beschlossen habe, der GeNo 185 Millionen Euro

KAFFEE GENIESSEN – MÜLL VERMEIDEN

Cofee to go – Kaffee zum Mitnehmen – ist heute Lifestyle – aber ein Lifestyle mit Folgen: Einwegbecher sind ein großes Problem für die Umwelt, denn sie verursachen eine Menge Müll. Müll, der vermeidbar ist. Vor diesem Hintergrund hat die Bremische Bürgerschaft einen Antrag auf Initiative der SPD-Fraktion beschlossen, der den Senat dazu auffordert, mit Handels- und Umweltverbänden ein Konzept für ein Mehrwegbechersystem für Bremen zu entwickeln und sich auf Bundesebene für die Einführung eines deutschlandweit einheitlichen Systems einzusetzen.

Es geht schnell, es ist praktisch, und für den Einzelnen erscheint es zunächst unproblematisch: Pappbecher mit Plastikdeckel für den Kaffee unterwegs. Doch die schiere Masse macht den Gebrauch dieser Becher zum Problem. Die Verbraucherzentralen haben ausgerechnet: In Deutschland werden pro Kopf und Jahr 130 solcher Becher benutzt. Das entspricht deutschlandweit 320.000 Bechern in der Stunde – und 2,8 Milliarden Becher im Jahr. Eine

ungeheure Menge, gerade wenn man bedenkt, dass diese Becher nur kurz benutzt und dann weggeworfen werden.



Jens Crueger

„Kaffeebecher aus beschichteter Pappe sind vermeidbarer Müll“, sagt der umwelt-



politische Sprecher der SPD-Fraktion, Jens Crueger. „Wir können hier etwas Gutes für

die Umwelt tun, ohne auf Lebensqualität verzichten zu müssen.“

Deshalb haben SPD und Grüne einen Antrag in der Bürgerschaft verabschiedet, der ein Mehrwegbechersystem mit einem flexiblen Pfand- und Rückgabesystem zum Ziel hat. „Wenn Becher mehrmals benutzt werden, kann der Müll deutlich reduziert werden“, erklärt Crueger. Der Senat soll dazu nun mit Handels- und Umweltverbänden ein Konzept entwickeln. Und er soll sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass es in Deutschland perspektivisch ein einheitliches Mehrwegsystem gibt.

„Das Problem ist auch in anderen Städten erkannt worden“, erläutert Crueger. „Dort hat es bereits Versuche mit einem Mehrwegsystem gegeben. Nun wollen wir uns auch in Bremen auf den Weg machen. Die studentische Initiative ‚cup2date‘, die einen nachhaltigen Becher entwickelt hat, ist beispielsweise ein tolles Projekt, das wir ganz genau beobachten und das vielleicht schon die Lösung für Bremen sein kann. Aber klar ist: Wir befinden uns in einem Wettbewerb der Ideen. Am Ende werden sich die besten Systeme und Konzepte durchsetzen. Als Politik ist es unsere Aufgabe – so wie mit unserem Antrag – das Ziel vorzugeben und nicht den konkreten Weg dahin.“



DOWNLOAD
> ANTRAG: KAFFEE GENIESSEN, MÜLL VERMEIDEN
[HTTP://TINY.CC/KAFFEEBECHER](http://tiny.cc/kaffeebecher)

PSYCHOTHERAPEUTISCHE VERSORGUNG FÜR MIGRANTEN VERBESSERN

Gerade für Menschen, die erst seit Kurzem in Deutschland leben und die Sprache noch nicht richtig beherrschen, ist es besonders schwierig, psychotherapeutische Hilfe zu finden – so lautet der Befund des SPD-Abgeordneten Mehmet Ali Seyrek. Die Bremische Bürgerschaft hat daher nun einen Antrag beschlossen, damit der Senat sich auf Bundesebene für Verbesserungen einsetzt.

28 Prozent der Menschen in Bremen und Bremerhaven haben einen Migrationshintergrund. Und gerade Migrations- und vor allem Fluchterfahrungen können zu psychologischen Belastungen führen. Entsprechend hoch ist der Bedarf an



Mehmet Ali Seyrek

fremdsprachigen und kultursensiblen Behandlungsangeboten. „Die Wartezeiten für eine Psychotherapie ist in Deutschland ohnehin lang. Für Menschen mit eingeschränkten Deutschkenntnissen ist es noch einmal deutlich schwerer, einen Therapeuten zu finden, der ihre Sprache spricht“, erklärt Seyrek.

Dadurch sei ein Teil der Bevölkerung praktisch von psychologischer Betreuung ausgeschlossen, da eine interkulturelle und sprachliche Verständigung Grundvoraussetzung für die Behandlung sei.

Psychotherapeuten mit entsprechenden Sprachkenntnissen gebe es kaum, so Seyrek weiter. „Die psychotherapeutische Versorgung muss aber für alle Bevölkerungsgruppen sichergestellt sein. Sprach- und Kulturkompetenzen müssen daher bei der vertragsärztlichen Versorgung im Zulassungsverfahren stärker berücksichtigt werden“ fordert er.

Die Bürgerschaft hat auf Initiative der SPD-Fraktion den Senat daher dazu aufgefordert, sich auf Bundesebene für mehr mehrsprachige und kultursensible psychotherapeutische Versorgung einzusetzen. Zudem soll eine bundesweit einheitliche Regelung zur Übernahme der Dolmetscherkosten für psychotherapeutische Angebote von Beratungsstellen erarbeitet werden. Auf Landesebene soll zudem unter denjenigen Ärztinnen und Ärzten, die im Ausland ihren Abschluss erworben haben, die Möglichkeit zur Aus- und Fortbildung im Bereich Psychotherapie besser bekannt gemacht und vereinfacht werden.



DOWNLOAD
> ANTRAG: PSYCHOTHERAPEUTISCHE VERSORGUNG FÜR ALLE BEVÖLKERUNGSGRUPPEN SICHERSTELLEN!
[HTTP://TINY.CC/PSYCHOTHERAPIE](http://tiny.cc/psychotherapie)

POLITIK ZUM ANFASSEN: ROTES BUS UND BÜRGERSPRECHSTUNDEN



Steffi Dehne

Seit 2014 sind die Abgeordneten der SPD-Fraktion mit dem „Roten Bus“ in Bremen und Bremerhaven unterwegs, um mit den Bürgerinnen und Bürgern am Rande von Wochenmärkten und belebten Plätzen ins Gespräch zu kommen. Zusätzlich bieten unsere Parlamentarier nun auch Bürgersprechstunden in den Begegnungsstätten des Vereins Aktive Menschen Bremen (AMeB e.V.) an.

„Als Abgeordnete ist es meine Aufgabe, mit den Bürgerinnen und Bürgern im Gespräch zu sein – Politik findet eben nicht nur im Parlament statt, sondern auch auf der Straße. Der ‚Rote Bus‘ hat sich dabei als erfolgreiches Instrument bewährt, um spontan ins Gespräch zu kommen. Jedoch haben wir auch festgestellt, dass insbesondere bei konkreten Problemen und Fragen der Wunsch besteht, in einer vertraulichen Atmosphäre miteinander zu sprechen. Als sich die Möglichkeit bot, Bürgersprechstunden in den Räumlichkeiten des AMeB e.V. abzuhalten, waren wir darüber sehr froh“, sagt Steffi Dehne, SPD-Abgeordnete aus Horn-Lehe.

Der AMeB e.V. hat es sich zum Ziel gesetzt, das bürgerschaftliche Engagement, die Altenhilfe und das öffentliche Gesundheitswesen zu fördern. Er betreibt zwölf Begegnungsstätten, die als offener Treffpunkt sowie der Öffnung in den Stadtteilen und Quartieren dienen. Es werden regelmäßig Sport- und Handwerkskurse,

Lesungen und von nun an auch unsere Bürgersprechstunden angeboten.

„Abgeordnete führen zwangsläufig viele Fachgespräche und haben Kontakt zu Interessenvertretern. Jedoch dürfen wir dabei unsere eigentliche Zielgruppe nicht vergessen: die Bürgerinnen und Bürger. Es ist für mich wichtig zu wissen, was die Menschen in meinem Stadtteil denken und welche Themen sie bewegen. Ich bin daher regelmäßig mit dem ‚Roten Bus‘ am Findorff-Markt, komme mit Leuten ins Gespräch und informiere über meine Arbeit“ erklärt Dieter Reinken, langjähriges Mitglied der SPD-Fraktion.

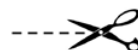
Wann und wo Sie unsere Abgeordneten mit dem „Roten Bus“ treffen können oder wann eine Sprechstunde in einer der AMeB-Begegnungsstätten stattfindet, erfahren Sie auf unserer Internetseite oder per Plakatankündigung. Wir freuen uns auf interessante Gespräche!



Dieter Reinken



FRAKTION VOR ORT: TERMINE UND ORTE
SPD-FRAKTION-BREMEN.DE/FRAKTION-VOR-ORT



SPD BÜRGERSCHAFTSFRAKTION
 LAND BREMEN

FRAKTION FREI HAUS!

UNSERE POLITIK IM ABO

IHRE / EURE ANGABEN:

ROTHEUTE

Magazin der SPD-Fraktion
 Erscheinungsweise: vier Mal jährlich

per E-Mail (PDF)

☐

per Post

☐

FRAKTIONSVERANSTALTUNGEN

Einladungen zu Veranstaltungen

☐
☐

PARLAMENTSTICKER

Aktuelle Infos aus dem Parlament
 Erscheinungsweise: drei Mal monatlich

☐

PRESSEMITTEILUNGEN

Aktuelle Infos der SPD-Fraktion

☐

IHRE / EURE ADRESSE*:

Name

Straße/Nr.

PLZ/Ort

E-Mail

Die ausgefüllte
 Bestellung...

... bitte per Post an:

SPD-Fraktion Bremen
 Wachtstraße 27/29
 28195 Bremen

... oder per Fax an:

0421/32 11 20

... oder per Mail an:

spd-fraktion@
 spd-bremen.de





ICH BIN DER MEINUNG, DASS...



... es Schwangeren ermöglicht werden muss, so lange wie möglich zu arbeiten. Auch das ist ein Beitrag zur Chancengleichheit!

Sybille Böschen,
Sprecherin für Gleichstellung

BESSERER SCHUTZ FÜR WERDENDE MÜTTER AM ARBEITSPLATZ

Die SPD-Fraktion setzt sich für werdende Mütter ein. Die gleichstellungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Sybille Böschen, legte anlässlich des Internationalen Frauentags im März den Fokus auf eine Initiative, die es Schwangeren ermöglichen soll, so lange wie möglich ihrem Beruf nachzugehen. Denn die Frage nach der Vereinbarkeit von Familie und Beruf stelle sich nicht erst, wenn ein Kind geboren sei, betont Böschen, sondern bereits dann, wenn eine Frau schwanger sei.

„Der berufliche Erfolg ist mit der Frage der Familiengründung nach wie vor eng verknüpft“, sagt Sybille Böschen. „Mit einer Schwangerschaft verschlechtern sich häufig die Karrierechancen von Frauen – und das auf jedem Qualifikationsniveau. Werden Frauen während ihrer Ausbildung schwanger, ist nicht selten sogar der Abschluss in Gefahr – mit dramatischen langfristigen Folgen für den weiteren Berufsweg und die finanzielle Absicherung.“

Das seit dem 1. Januar neugefasste Mutterschutzgesetz auf Bundesebene gehe zwar in die richtige Richtung, hebt die stellvertretende Fraktionsvorsitzende hervor. „Als SPD-Fraktion wollen wir aber noch einen Schritt weitergehen“, berichtet sie, „wir haben daher einen Antrag beschlossen, der dabei helfen soll, den Mutterschutz in Bremen zu verbessern. Wir schlagen vor, dass das Kriterium schwangerengerechter Arbeitsplätze bei der Vergabe von Zertifikaten, die Familienfreundlichkeit und die Vereinbarkeit



von Familie und Beruf bescheinigen, stärker berücksichtigt wird. Wir setzen uns zudem für eine Informationskampagne ein, die aufzeigt, wie Berufstätigkeit während der Schwangerschaft möglich ist. Und schließlich wollen wir eine Impfberatung für Beschäftigte, Auszubildende und Schülerinnen in den Bereichen Erziehung, Bildung und Pflege – damit schwangere Beschäftigte vor Krankheiten geschützt werden, ihrer Tätigkeit oder Ausbildung aber möglichst bis zum Mutterschutz nachgehen können.“

„Wir möchten erreichen, dass mutterschutzbedingte Beschäftigungsverbote nur noch da ausgesprochen werden, wo sie unvermeidbar sind“, sagt Sybille Böschen. „Häufig verlängert ein solches Verbot die Erwerbsunterbrechung vor der Geburt. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass Arbeitsplätze an die Bedürfnisse von Schwangeren angepasst werden. Denn die Frage der Vereinbarkeit von Beruf und Familie stellt sich nicht erst dann, wenn ein Kind geboren ist. Sie stellt sich bereits dann, wenn eine Frau schwanger ist.“



DOWNLOAD
> ANTRAG: MUTTERSCHUTZ
VON ANFANG AN
[HTTP://TINY.CC/MUETTER](http://tiny.cc/muetter)